

Heuss und das Amt des Bundespräsidenten^{*}

»Am Anfang war Heuss« – folgen wir in unserer Sektion dieser Sentenz, kommt einem natürlich das ominöse Diktum Arnulf Barings in den Sinn – »Im Anfang war Adenauer«¹ –, das bei allen Zweifeln und jedem Widerspruch wenigstens im Alphabet seine Bestätigung findet. Dass aber gerade der Adenauerforschung, als Herausforderung und Ansporn, Alternativen und Kontrastbegriffe ausgesprochen gut bekommen, zeigt manch ein Arbeitsergebnis der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, sowohl bei den »Rhöndorfer Gesprächen« als auch in der »Rhöndorfer Ausgabe«, in der 1989 und 1997 die beiden Heuss-Adenauer-Editionen erscheinen konnten: »Unserem Vaterlande zugute« und »Unter vier Augen«².

Bei der Personalisierung des Gründungsjahrzehnts wird in Zukunft jedoch mehr noch als bisher die Frage zu beantworten sein, die Theodor Heuss in seinen »Bemerkungen zur Bundespräsidenten-Frage« vom Jahreswechsel 1958/59 stellte: »Ist denn die ›bürgerliche Demokratie‹ in der Bundesrepublik nur auf diese beiden Namen Adenauer und Heuss gestellt?«³

Wer Zeitgeschichte gerne farbig mag – facettenreich und mit ein wenig Feuilleton –, wer auch ihre eher undankbaren Themen, wenn es etwa um Ämter und Organisationsstrukturen in der jungen Bundesrepublik geht, locker angehen und aufgelockert darstellen will, wer also Lust auf griffige Formeln und pointierte Formulierungen hat: Der tut gut daran, sich am ersten Bundespräsidenten zu orientieren. Das gilt auch für unser heutiges Thema, für *sein* Thema: Heuss und das Amt des Bundespräsidenten.

Das Amt einzubüren und es auszuüben, ihm von der allerersten Stunde an – bei aller Ungewissheit künftiger Entwicklungen – stil sicher, stil prägend seine gültige Gestalt zu geben und dafür mit einprägsamen Prädikaten die Definitio-

* Der Beitrag folgt auch in der Druckfassung weitgehend unverändert der Vortragsform.

1 Arnulf Baring: Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Bonns Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, München-Wien 1969, S. 1; als Taschenbuch unter dem Titel: Im Anfang war Adenauer: Die Entstehung der Kanzlerdemokratie, 3. Aufl. München 1984.

2 Heuss-Adenauer. »Unserem Vaterlande zugute«: Der Briefwechsel 1948-1963; Adenauer-Heuss. Unter vier Augen. Gespräche aus den Gründerjahren 1949-1959, hrsg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, bearb. von Hans Peter Mensing, Berlin 1989 und 1997.

3 Nach dem Erstabdruck in: Konrad Adenauer: Erinnerungen 1955-1959, Stuttgart 1965-1968, S. 483-490, hier S. 485; auch in: »Unserem Vaterlande zugute« (wie Anm. 2), S. 262-269, hier S. 264.

nen gleich mitzuliefern, war für Theodor Heuss eins (für ihn als treibende Kraft ohnehin, als es im Parlamentarischen Rat um die grundsätzlichen, grundgesetzlichen Bestimmungen zum Staatsoberhaupt ging⁴). Von Anfang an wusste »der Heuss«, der sich bei der Wahrnehmung seiner Dienstgeschäfte nicht selten selbst über die Schulter schaute (mit dieser eigenartigen Kokettierie), dem Amt sein eigenständiges Profil zu verleihen und es zugleich mit publizistisch-wissenschaftlicher Distanz zu charakterisieren, immer wieder einmal mit selbstkritisch-ironischem Akzent (wobei sich auf diesem Themenfeld wie auch bei anderen Sujets hinter »schwäbischer Bonhomie«, so Hans-Peter Schwarz, »ein bissiger Intellektueller und ein ziemlich illusionsloser Beobachter des Bonner Treibens« verbergen konnte⁵).

So sagte Heuss im September 1949 auf dem Marktplatz in Bonn aus der Sicht des Historikers: »Da ich ein Professor bin, darf ich einen Augenblick Geschichte treiben: Als die alten deutschen Staatsoberhäupter gewählt wurden, da ist ihre Wahl erst dann wirklich bestätigt worden, wenn sie vor das Volk traten, wenn das sogenannte ›Vollwort‹ des Volkes auch die Kürung der dazu Beordeten bestätigte.«⁶ Und aus den Erfahrungen als Schriftsteller und Journalist leitete er ab, nun im Privatbrief an Wilhelm Stapel Ende September 1950: »Im Grunde erweist sich die jahrzehntelange Redaktionstätigkeit bei der Tageszeitung wie bei der Zeitschrift als eine eigentümliche Vorbereitung für die Mannigfaltigkeit der Dinge, die jetzt an mich herantritt. Auch dies, dass ich einmal eine sogar geschichtliche Doktorarbeit und dann die Biographie eines Technikers schrieb, sieht heute so aus, als ob es Unterrichtsstunden für das Spätere gewesen wären.«⁷

Heuss also agierend, reflektierend und kommentierend von Anfang an – von den beiden Ansprachen in Bonn nach der ersten Wahl am 12. September 1949⁸ über die frühe Präsidentenkorrespondenz und die Zwischenbilanz vor

4 Erhard H.M. Lange: Die Diskussion um die Stellung des Staatsoberhaupes 1945-1949 mit besonderer Berücksichtigung der Erörterungen im Parlamentarischen Rat. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 26 (1978), S. 601-651; Rudolf Morsey: Die Debatte um das Staatsoberhaupt 1945-1949. In: Von Heuss bis Herzog. Die Bundespräsidenten im politischen System der Bundesrepublik, hrsg. von Eberhard Jäckel, Horst Möller und Hermann Rudolph, Stuttgart 1999, S. 45-58. – Dazu auch die Beiträge in: Streiten um das Staatsfragment. Theodor Heuss und Thomas Dehler berichten aus dem Parlamentarischen Rat, bearb. von Patrick Ostermann, mit einem Essay von Michael Feldkamp, hrsg. von Thomas Hertfelder und Jürgen C. Heß, Stuttgart 1999, und neuerdings Tobias Kies: Hüter der Politik: Der deutsche Bundespräsident im Fokus öffentlicher Erwartungen (1949-1999). In: Willibald Steinmetz (Hrsg.): »Politik«. Situationen eines Wortgebrauchs im Europa der Neuzeit, Frankfurt/Main-New York 2007, S. 451-478, hier S. 454-456.

5 Hans-Peter Schwarz: Die Ära Adenauer. Epochentwchsel 1957-1963, Stuttgart-Wiesbaden 1983, S. 178.

6 Theodor Heuss. Der Mann, das Werk, die Zeit. [Katalog zu einer] Sonderausstellung des Schiller-Nationalmuseums, bearb. von Eberhard Pikart unter Mitarbeit von Dirk Mende, Stuttgart 1967, S. 297; auch in: Theodor Heuss. Die großen Reden, Taschenbuchausgabe München 1967, S. 110-112, hier S. 111.

7 Der Mann, das Werk, die Zeit (wie Anm. 6), S. 291.

8 Ebd., S. 295-298.

der Bundesversammlung nach seiner Wiederwahl am 17. Juli 1954⁹ bis hin zu Bestandsaufnahme und Resümee gegen Ende der Amtszeit, in den eingangs erwähnten »Bemerkungen zur Bundespräsidenten-Frage«¹⁰ und besonders in dem überaus kontroversen Schriftwechsel bzw. Schlagabtausch mit Konrad Adenauer in der Krise vom Frühjahr 1959¹¹.

Dabei fällt auf, mit welcher Beständigkeit und wie gleichförmig auch, bisweilen nahezu stereotyp, Heuss über sein Jahrzehnt hinweg – bei all’ den grundlegenden Veränderungen und tiefgreifenden Einschnitten der fünfziger Jahre, inmitten der dynamischen Modernisierungsprozesse des inneren und äußeren Wandels – Selbsteinschätzung und Amtsverständnis beibehält, als ruhender Pol und feste, verlässliche Orientierungsgröße, zur Orientierung seiner Nachfolger auch; denn nicht wenige dieser Leitbegriffe lesen sich noch heute so, als hätte er sie ihnen ins Stammbuch geschrieben

So kehrt einer solcher Kernsätze – »Ich darf an dieser Stelle mit aller Gelassenheit aussprechen: Dieses Amt wurde von mir nicht in einem unruhigen Ehrgeiz erstrebtt« (Heuss am 12. September 1949 an die Mitglieder des Bundestags, des Bundesrats und der Bundesversammlung¹²) – mit schöner Regelmäßigkeit wieder. Über die »Seelenlage, mit der ich in mein Amt gegangen bin«, schrieb er im September 1950 Hans Wright nach England: »Ich habe dieses Amt nie erstrebtt, ich bin ihm aber auch nicht ausgewichen, als es auf mich zukam«¹³ – um schließlich in seinem »zornigen Brief« vom 9. April 1959 an Adenauer ganz gegen seine »nüchtern-ironische Natur pathetisch [zu werden]: ich habe das Amt, das ich zehn Jahre verwaltete, nie erstrebtt; ich empfing es sozusagen aus Ihrer Hand, nachdem Sie festgestellt hatten, wieviel mehr ›Macht‹ (die mich persönlich nie sehr interessiert hat) der Bundeskanzler gegenüber dem Bundespräsidenten besitzt«¹⁴.

Was sich scheinbar so bescheiden ausnimmt, konnte aber auch ganz andere Formen annehmen und nimmt sich dann sehr selbstbewusst aus. Kam es doch auch zu Situationen, in denen Heuss versuchte, »mit einer ruhigen Argumentation den Leuten, ob es Deutsche oder ob es Ausländer sind, das Gesetz des Maßes zu lehren.«¹⁵ Am 29. Mai 1951 weiter an Friedrich Dessauer: »Und den Deutschen als Gesamterscheinung gegenüber habe ich bei der sachlichen Begrenzung der konkreten Zuständigkeiten als wesenhafte Aufgabe dies

9 Ebd., S. 365-367.

10 S. oben Anm. 3.

11 »Unserem Vaterlande zugute« (wie Anm. 2), S. 273-283. Dort (S. 460 f.) nachgewiesene Literatur ergänzt Kies (wie Anm. 4), S. 459 f., 465-468.

12 Der Mann, das Werk, die Zeit (wie Anm. 6), S. 295 f., hier S. 296; auch in: Die großen Reden (wie Anm. 6), S. 105-110, hier S. 105; Theodor Heuss. Politiker und Publizist. Aufsätze und Reden, hrsg. von Ralf Dahrendorf und Martin Vogt, Tübingen 1984, S. 376-380, hier S. 376.

13 Der Mann, das Werk, die Zeit (wie Anm. 6), S. 289.

14 »Unserem Vaterlande zugute« (wie Anm. 2), S. 278.

15 Der Mann, das Werk, die Zeit (wie Anm. 6), S. 290.

unternommen: sie zu ›entkämpfen‹¹⁶ bzw. »dem deutschen Volk die Wahrheit zu sagen, so bitter sie auch sein möge, und es zu entkämpfen aus dem geistigen, politischen und moralischen Schockzustand, in den es geraten sei« (wie es im Protokoll über das am 19. Januar 1950 in Kiel geführte Gespräch mit dem Zweiten Vorsitzenden des Zentralkomitees der befreiten Juden in der britischen Zone, Norbert Wollheim, heißt¹⁷). Noch einmal zusammengefasst, wiederum mit dem bereits zitierten Brief an Hans Wright: »Ich habe mein unmittelbares ›Regierungsprogramm‹ in das einfache Wort eingepackt: Entkämpfung.«¹⁸ Oder, jetzt mit dem Schreiben an Wilhelm Heile vom Januar 1953: »Ich habe meine Funktion in den ersten 1-2 Jahren sozusagen programmatisch unter das Stichwort ›Entkämpfung‹ der Deutschen gestellt und hier, wie ich spüre, einiges erreicht, wenn auch einige neue Verkrampfungen wieder unterwegs sind.«¹⁹

Einige dieser Einschätzungen sind, zumindest mit den eben zitierten Auszügen, schon seit langem bekannt, wie auch jene Zeilen vom April 1950 an Ernst Jäckh: »Du darfst glauben, dass unser Amt ein sehr empfindsamer Seismograph der Hoffnungslosigkeiten und der wagenden Energien ist, die in unserem Volk miteinander kämpfen.«²⁰ Für die öffentlichen und dann in der Regel bald darauf veröffentlichten Stellungnahmen in Reden und amtlichen Erklärungen gilt der vergleichsweise hohe Bekanntheitsgrad ohnehin. Doch auch auf einschlägige Passagen im Briefwerk wurde vor Jahrzehnten bereits aufmerksam gemacht. Dabei ist vor allem an die verdienstvollen Aktivitäten und Publikationen des Stuttgarter Theodor Heuss Archivs der Jahre 1964 bis 1971 zu erinnern, insbesondere an die 1967 in Marbach am Neckar gezeigte Ausstellung »Theodor Heuss. Der Mann, das Werk, die Zeit«²¹. Dass vor vierzig Jahren, am 14. Februar 1967, der Sohn des ersten Bundespräsidenten, Ernst Ludwig Heuss, verstarb und ihm dann der auch heute noch nützliche Ausstellungskatalog gewidmet wurde, ist ein weiterer Anlaß, im Jubiläumsjahr 2007 die damals geleistete Grundlagenarbeit zu würdigen.

Erst die jetzt, vier Jahrzehnte danach, von der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus herausgegebene, historisch-kritische »Stuttgarter Ausgabe« aber²² stellt die Einzelstücke in ihren lebensgeschichtlichen und zeitgeschichtlichen Zusammenhang; verzahnt durch vergleichende Nachlassfor-

16 Ebd.

17 Yeshayahu A. Jelinek (Hrsg.): Zwischen Moral und Realpolitik. Deutsch-israelische Beziehungen 1945-1965. Eine Dokumentensammlung, Gerlingen 1997, S. 135-138, hier S. 136. Dazu unten die Angaben bei Anm. 46-49.

18 Wie Anm. 13.

19 Nach dem Original des Schreibens vom 12.1.1953 in: Bundesarchiv, Koblenz (BArch), NL Wilhelm Heile, N 1132, 27.

20 Ebd., S. 291.

21 S. oben Anm. 6.

22 Theodor Heuss: Erzieher zur Demokratie. Briefe 1945-1949, hrsg. und bearb. von Ernst Wolfgang Becker, München 2007.

schung die umfangreichen und zahlreichen Überlieferungen – zeigt Erwartungshaltungen und Beweggründe auf, macht Entscheidungsprozesse verständlich und schärft den Blick fürs Detail.

Da die »Briefe 1945-1949« schließlich in die eigentliche Konstituierungsphase der Bundesrepublik Deutschland und den Zeitraum kurz vor der Wahl zum ersten Bundespräsidenten einmünden, gehört es bei aller Themenvielfalt zu den aufschlußreichsten Aspekten der neuen Edition, wie Heuss zu seinem zukünftigen Amt und der damit verknüpften Personaldiskussion Stellung nahm, zumal unter Berücksichtigung der in der Weimarer Republik gemachten Erfahrungen mit dem Amt des Reichspräsidenten und seinen Amtsinhabern.

Dafür einige Beispiele. Am 9. November 1948, wenige Wochen vor dem FDP-Gründungsparteitag in Heppenheim also, wandte sich Heuss aus gegebenem Anlaß an den nordrhein-westfälischen FDP-Landesvorsitzenden der Jahre 1946-1956, Friedrich Middelhauve: »Der Vorschlag, den Bundespräsidenten plebisztär zu wählen, scheint mir eine Spezialität Eures Landesverbandes zu sein. Ich selber habe für diesen plebisztären Bundespräsidenten dann viel übrig, wenn er machtpolitisch ausgestattet ist. Das eben will heute niemand recht nach den zurückliegenden Erfahrung und nach den offenkundigen Fehlkonstruktionen in der Weimarer Verfassung selber.²³

Oder am 5. Mai 1949 an den FDP-Kreisverband Düsseldorf (wieder an »Abweichler« im Westen): »Die Wahl des Bundespräsidenten vom Volk ist nach den Erfahrungen, die Deutschland mit Hindenburg gemacht hat, von niemanden im Parlamentarischen Rat vorgeschlagen worden. Unser Volk ist gegenwärtig gar nicht innerlich strukturiert genug und könnte morgen wieder in seinem seelisch amorphen Zustand der Raub eines Demagogen sein.²⁴ Was bei Heuss, um dies mit einem Ausblick in die Präsidentenpraxis ab 1949 zu verbinden, während der »Heinemann-Krise« vom Herbst 1950²⁵ im Gespräch mit Bischof Hanns Lilje argumentativ so wiederkehrt: Ein Schreiben Niemöllers an Adenauer »sei in bewußt verletzender Weise gehalten, besonders die Bemerkung über das Grundgesetz – das so ›geschickt‹ gemacht sei, um das Volk seines eigentlichen Rechts zu berauben – sei irritierend und hämisch wie mittlerer polemischer Journalismus. – Die ganze These von Volksbefragungen oder notwendiger Neuwahl sei im Augenblick wesentlich Parteitaktik. Ich hatte selber im Parlamentarischen Rat den Antrag auf unmittelbare Volksgesetzgebung zur Ablehnung gebracht, da in

23 Ebd., S. 422.

24 Ebd., S. 496.

25 Dazu die Belege in: Adenauer, Briefe 1949-1951, hrsg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, bearb. von Hans Peter Mensing, Berlin 1985, S. 275-279, 281, 283 f., 289-292, 546-551, 553 f.; Die Kabinettprotokolle der Bundesregierung, hrsg. für das Bundesarchiv von Hans Booms, Bd. 3: 1950 – Wortprotokolle, bearb. von Ulrich Enders und Konrad Reiser, Boppard/Rhein 1986, passim.

ihr bei dem amorphen Zustand des Volkes eine Prämie für Demagogen enthalten sei.«²⁶

Wenn Heuss in der Verfassunggebenden Versammlung maßgeblich darauf Einfluß nahm, das Präsidialamt institutionell im Grundgesetz zu verankern – »... dass die Person [und die] Amtsfunktion des Bundespräsidenten nicht in die ungewisse Geschichte abgeschoben werden soll« (so erstmals am 9. September 1948 vor dem Plenum des Parlamentarischen Rates²⁷) –; wenn auch wesentliche Teile des Regelwerks, namentlich die »Form der künftigen Wahl durch eine sogenannte Bundesversammlung«²⁸, auf seine Anregung zurückgingen: Wann wurde er dann seinerseits und durch wen für das höchste Amt ins Gespräch gebracht? Auch darauf findet sich die Antwort in den Nachkriegsbriefen; schrieb er doch am 18. Mai 1949 Toni Stolper: »Meine ›Kandidatur‹ ist, glaube ich, eine Erfindung von Paul Löbe, die dann auch in die Zeitungen kam.«²⁹

Eben dazu die erste Reaktion findet sich bereits im Brief vom November 1948 an den langjährigen Landesvorsitzenden der FDP in Hamburg, Willy Max Rademacher: »... was haben Sie da angerichtet. Heute kriege ich zwei Mal von Berlin den Ausschnitt des ›Tagesspiegels‹, dass Sie mich in Neumünster als den voraussichtlich kommenden Bundespräsidenten angekündigt haben. Die Quelle ist mir natürlich bekannt.«³⁰

Natürlich war ihm nicht entgangen und nahm er gerne zur Kenntnis, dass ihm seine souveräne, umsichtige Beteiligung an den Verfassungsberatungen frühzeitig »einen gewissen überfraktionellen goodwill«³¹ verschaffte. Er selber hingegen »favorisierte den Gedanken jedoch gar nicht, da ich« – Heuss immer noch an Rademacher – »in solchen Lebensentscheidungen den nicht befriedigenden Gesundheitszustand meiner Frau mit zu berücksichtigen hätte. Aber soviel scheint mir ganz gewiß zu sein, dass für die praktische Verwirklichung des Gedankens nichts ungeschickter sein könnte, als in diesem Zeitpunkt so etwas hinauszugeben. Bestimmte Seiten meiner Arbeit in Bonn im interfraktionellen Ausschuß sind jetzt einfach gelähmt, da die durchschnittliche Meinung der Menschen ja die ist, dass einer Politik immer nur für sich betreibe. ... Wenn wir jetzt in der nächsten Woche bei den interfraktionellen Besprechungen die Geschichte der Bundesspitze erörtern, bei

26 Die von Heuss angefertigte Aufzeichnung über die Unterredung vom 31.10.1950 ist erhalten in: Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus (StBKAH) 12.07 und BArch (wie Anm. 19), B 122 (Bundespräsidialamt, Amtszeit Theodor Heuss), 298; Druck: Kabinettsprotokolle, Bd. 3: 1950 (wie Anm. 25), S. 227 f.

27 Der Parlamentarische Rat 1948-1949, Bd. 9: Plenum, bearb. von Wolfram Werner, München 1996, S. 109.

28 Aus dem Schreiben vom 5.5.1949 an den FDP-Kreisverband Düsseldorf (wie Anm. 24).

29 Erzieher zur Demokratie (wie Anm. 22), S. 418.

30 Ebd.

31 Ebd., S. 419.

der bis jetzt CDU und SPD gegensätzliche Auffassungen vertreten, bin ich einfach in der dümmsten Situation. Ich habe mich im Plenum für den Bundespräsidenten ausgesprochen; argumentiere ich jetzt in den Verhandlungen für ihn, so werden die einen sagen: aha, für sich. Überlasse ich die Argumentation einem unserer Freunde, so wird man sagen: Heuss hat Taktgefühl genug, sein Ziel nicht selber zu vertreten, und damit wird die Geschichte noch ungeschickter.«³²

Die ›praktische Verwirklichung des Gedankens‹ lag dann, wie wir wissen, in anderer Regie – nun kam es auf das Geschick eines anderen an. Und auf die Gunst jener Stunde, in der Konrad Adenauer bei der legendären Rhöndorfer Konferenz vom 21. August 1949³³ vorschlug, Heuss »das Amt des Bundespräsidenten zu übertragen.« Zwar brachte einer der anwesenden Unionspolitiker »als Argument gegen Professor Heuss vor, es sei bekannt, dass er nicht gerade kirchenfreundlich sei.« Adenauer aber »erwiderte diesem Herrn: ›Er hat eine sehr christlich denkende Frau, das genügt.‹«³⁴

Der enge Zusammenhang zwischen Koalitionskalkül, Regierungsbildung und Präsidentenwahl bedarf, auch angesichts all’ der anderen, durchaus vergleichbaren Vorgänge, die nach 1949 noch folgen sollten, keiner weiteren Erläuterungen. Es soll aber nicht unerwähnt bleiben, wie es Heuss mit der »pouvoir neutre« seines Amts³⁵ gegenüber seiner Partei und ehemaligen Parteifreunden hielt. In der Gesamtbewertung bleibt dabei ganz unbestritten, dass er »zu den eigentlichen Parteiauseinandersetzungen eine wohltätige Distanz« hielt (wie er es in einem seiner Briefe an Adenauer formulierte³⁶).

Die Grundhaltung schloß aber einen wichtigen Vorbehalt nicht aus, den wir aus seinem vielzitierten Schreiben vom 28. April 1950 an Franz Blücher kennen: »Das Amt, in das ich vom Schicksal gestellt wurde, hat der unmittelbaren Teilnahme an den parteipolitischen Beratungen und Entscheidungen ein Ende gesetzt – das wird von manchem bedauert, von jedem verstanden. Das Amt konnte aber nicht den Sinn und die Wirkung haben – und sollte dies auch gewiss nicht –, ein gewachsenes Menschentum von den geistig-seelischen Kräften, die sein Werden genährt haben, zu lösen. Denn seine ›Neutralität‹

32 Ebd., S. 418 f.

33 Rudolf Morsey: Die Rhöndorfer Weichenstellung am 21. August 1949. Neue Quellen zur Vorgeschichte der Koalitions- und Regierungsbildung nach der Wahl zum ersten Deutschen Bundestag. In: VfZ 28 (1980), S. 508-542, und Udo Wengst (Bearb.): Auftakt zur Ära Adenauer. Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung 1949, Düsseldorf 1985, S. 33-41.

34 Konrad Adenauer: Erinnerungen 1945-1953, Stuttgart 1965, S. 228.

35 Heuss verwendet den Begriff seinerseits in den »Bemerkungen zur Bundespräsidentenfrage« (s. oben Anm. 3); Adenauer: Erinnerungen (wie Anm. 3), S. 486; »Unserem Vaterlande zugute« (wie Anm. 2), S. 265. Dazu auch Klaus von Beyme: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, Eine Einführung, 10. Aufl. Wiesbaden 1999, S. 306; Kies (wie Anm. 4), S. 454.

36 Am 10.10.1950. In: Unter vier Augen (wie Anm. 2), S. 329.

würde dann zu einer beziehungsarmen und unverbindlichen Farblosigkeit, die niemand wünschen kann.«³⁷

›Niemals gewünscht hat sich Heuss aber auch jenen Konflikt vom Herbst 1953, der – in der Geschichte der Bundesrepublik und ihrer Präsidenten bis heute beispiellos – eines der stärksten Indizien dafür liefert, dass er sein Amt »immer als ein eminent politisches Amt begriffen und zu führen gesucht [hat], wenn es auch oft genug sich wesentlich in den Sphären des Metapolitischen auswirkte.«³⁸

Im Oktober 1953, bei der zweiten Regierungsbildung, bei der Adenauer (wie er später einmal Otto Schumacher-Hellmold anvertraute) Thomas Dehler »beim Entwurf der neuen Kabinettsliste ... schon auf meinem Papier stehen [hatte]. ... aber Heuss erklärte mir, er werde eine Ernennungsurkunde für Dehler nicht unterschreiben.«³⁹ Immerhin hatte Heuss dem ehemaligen Parteifreund, der 1954 den FDP-Vorsitz übernahm, schon Monate zuvor geschrieben: »Die Meinung, ich könnte Sie ermuntern, auf die Rolle des enfant terrible für eine Zeit zu verzichten, habe ich längst nicht mehr. Sie sind von ihr so angetan, dass Sie sie bis zum – wie ich fürchte – tragischen Ende durchführen werden.«⁴⁰

Auf die weitreichenden Folgen und die Dramatik der leidenschaftlichen Auseinandersetzungen im weiteren Verlauf der fünfziger Jahre ist hier natürlich nicht näher einzugehen. Um die Dimensionen des Richtungs- und Personenstreits anzudeuten, mag hier Adenauers Aussage in einer Kabinettssitzung vom März 1955 genügen: So wie von Dehler sei er »weder von einem Kommunisten noch von einem Sozialdemokraten jemals angegriffen worden.«⁴¹ Und Heuss, wenig später – in einem am 14. April 1955 mit Dehler geführten Gespräch, u. a. zu dessen Rede vom 27. Februar 1955, »die dieser zur Verteidigung des FDP-Abgeordneten Becker bei der dritten Lesung des Saarstatuts im Bundestag hielt. Bundespräsident erklärte, der Bundeskanzler habe ohne Zweifel auf die teilweise ungeschickten Formulierungen des Abgeordneten Becker zu scharf und zu emotional reagiert, aber die Replik Dehlers hierauf könne er – Bundespräsident – nur als degoutant bezeichnen. Er habe die Rundfunkübertragung der Rede teilweise angehört und sich überzeugt, dass Dehler an manchen Stellen seiner Rede in die Tonart und Lautstärke Adolf Hitlers verfallen sei.«⁴²

37 Der Mann, das Werk, die Zeit (wie Anm. 6), S. 292.

38 Am 9.4.1959. In: »Unserem Vaterlande zugute« (wie Anm. 2), S. 274.

39 Otto Schumacher-Hellmold: Adenauer – Dehler. Die Versöhnung, Sonderdruck aus: »liberal« 30 (1988), S. 1-18, hier S. 7.

40 Aus dem Schreiben vom 28.5.1953 in: Theodor Heuss: Lieber Dehler! Briefwechsel mit Thomas Dehler, hrsg. von Friedrich Henning, München-Wien 1983, S. 97.

41 Die Kabinettprotokolle der Bundesregierung, hrsg. für das Bundesarchiv von Friedrich P. Kahnenberg, Bd. 8: 1955, bearb. von Michael Hollmann und Kai von Jena, München 1997, S. 157.

42 Aus der Gesprächsaufzeichnung in: BArch, B 122 (wie Anm. 26), 31269.

Eingangs ging es um den agierenden, kommentierenden Heuss – um ihn und das »Amt des Briefschreibers« auch (dem Eberhard Pikart in der Edition der Tagebuchbriefe ein aufschlußreiches Kapitel gewidmet hat⁴³). Hinzu kommt nun – wie es die zu Heinemann-Krise und Dehler-Kontroverse angeführten Beispiele zeigten – der protokollierende Präsident, auch neben dem Protokollarischen im eigentlichen Sinne, wie es zu den Wesensmerkmalen seines Amtes gehört; denn zur Amtsausübung des ersten Bundespräsidenten liegen ja auch, neben der Korrespondenz und den Reden, die häufiger von ihm selbst angefertigten, bisher weitgehend unveröffentlichten Gesprächsaufzeichnungen vor, als Ergänzung und wesentliche Erweiterung unseres Wissensstandes, der auf den Heuss-Adenauer-Protokollen beruht.

Die in den Akten des Bundespräsidialamtes⁴⁴, vereinzelt auch in anderen Überlieferungen (u. a. im Adenauer-Nachlass⁴⁵) erhaltenen Niederschriften über die Unterredungen mit in- und ausländischen Gästen erst auf der Viktorschöhe, dann in der Villa Hammerschmidt – mit Staatschefs und Diplomaten, mit Ministern, Parlamentariern und Vertretern der Verbände, auch mit Publizisten und Journalisten – erweisen sich als ungemein ergiebig für Amtsverständnis und Amtspraxis ab 1949. Die Dokumente stellen eindrucksvoll unter Beweis, in welchem Ausmaß und mit welcher Intensität er sich nahezu aller Themen des inneren und äußeren Neuanfangs in den Gründungszeiten der Bundesrepublik Deutschland annahm.

Davon zeugen auch die Gegenüberlieferungen ausländischer Provenienz, so die Aufzeichnung Norbert Wollheims über das Schlüsselgespräch vom 20. März 1950, die aus dem Nachlass Shalom Adler-Rudel im Zionistischen Zentralarchiv Jerusalem von Yeshayahu A. Jelinek veröffentlicht wurde und dieses Statement des Staatsoberhaupts wiedergibt, »dass er dem von jüdischer

43 Theodor Heuss. Tagebuchbriefe 1955/1963. Eine Auswahl aus Briefen an Toni Stolper, hrsg. von Eberhard Pikart, Tübingen-Stuttgart 1970, S. 17-30.

44 Dort u. a. in BArch, B 122 (wie Anm. 26), 298; B 122, 2265; B 122, 31269. Dazu die Auszüge und Hinweise in: Unter vier Augen (wie Anm. 2), S. 341, 344 f., 349 f., 356-359, 361 f., 371, 403, 415, 422 f., 437, 443, 465, 480, 485 f. – In B 122 finden sich zahlreiche Belege auch in der Aktenserie »6: Beziehungen zu fremden Staaten; 6.3: Beziehungen von Land zu Land«. Dort die Vermerke und Aufzeichnungen zu Gesprächen u. a. mit (in chronologischer Reihenfolge) Dean G. Acheson (13.11.1949; B 122/490), Paul Reynaud (17.5.1950; B 122/534), Max Petitpierre (18.7.1950; B 122/564), Eduard Bonnefous und Felix Gaillard (21.8.1950; B 122/534), Paul Devinat (9.10.1950; B 122/534), Lucius D. Clay (25.10.1950; B 122/490), M. de Bré (29.11.1950; B 122/534), Hugh Baillie (1.12.1950; B 122/490), Arvid Fredborg (4.12.1950; B 122/563), John Sherman Cooper (18.1.1951; B 122/490), Anthony Eden (19.1.1951; B 122/541), Ivan Matteo Lombardo (26.2.1951; B 122/547), William Watson Henderson (30.3.1951; B 122/541), George F. Kennan (18.8.1951; B 122/490), Osamu Inaba (21.8.1951; B 122/508), Hamilton Fish Armstrong (14.11.1951; B 122/490), Jan van den Brink (15.1.1952; B 122/566), Anne O'Hare McCormick (17.1.1952; B 122/490 (USA)), einer Delegation des Committee for Economic Development, CED (22.10.1952; B 122/490), Gaston Palewski (13.8.1953; B 122/534), Harold Anthony Nutting (28.9.1953; B 122/541), Paul Reynaud (10.12.1954; B 122/534) und Felix Shinnar (16.7.1956; B 122/506).

45 StBAH (wie Anm. 26), III/116, 12.07.

Seite aus vorgetragenem Verlangen nach moralischer und materieller Wiedergutmachung volles Verständnis entgegenbringt. Wie auch immer man in der Welt zur Frage ›Kollektivschuld‹ oder ›Kollektivscham‹ stehen möge, so bleibe eine Fülle zu tun, um überhaupt einen neuen Anfang zu finden. Obwohl sein Amt im Entscheidenden auf repräsentative Aufgaben beschränkt sei, wolle er sich doch bemühen, bei der praktischen Durchsetzung unserer Ansprüche resp. Lösung der Probleme im Rahmen des staatlichen Apparates, d. h. unter Inanspruchnahme der dafür zuständigen Ministerien behilflich zu sein.«⁴⁶

Nach dem schon an anderer Stelle verwendeten Protokoll zur vorangegangenen Begegnung vom Januar 1950 lag dem vor allem zugrunde, dass Heuss »die jüdische Problematik in- und außerhalb Deutschlands wohl vertraut« war, »und zwar vor allem aus dem engen geistigen und persönlichen Kontakt, den er zu früheren Zeiten mit Persönlichkeiten wie Franz Rosenzweig, Martin Buber, Sammy Gronemann und anderen hat pflegen können. ... Bei aller politischen Begrenzung, die das Amt des Bundespräsidenten seiner Kompetenz gebe«, bleibe sein »persönliches Anliegen, das nicht notwendigerweise an seine Pflichten als Bundespräsident gebunden ist, ... heute und in verstärktem Maße, das Gespräch mit jüdischen Menschen wieder aufzunehmen und die Kluft überwinden zu helfen, die ein verbrecherisches Regime zwischen Deutschland und den Juden in Deutschland und der Welt geschaffen hat. Dieses Anliegen gelte nicht nur für die jüdischen Menschen hier, sondern gerade auch denen, die in Israel den neuen von ihm bewunderten Staat haben schaffen und organisieren können. ... Er empfände es als ein dringendes Bedürfnis, sich mit Dr. Goldmann, der ihm von früheren persönlichen Zusammentreffen gut bekannt sei, über diese Fragen auszusprechen und wollte gern einen einladenden Brief an ihn richten, wenn die Aussicht bestehe, dass Dr. Goldmann tatsächlich nach Deutschland kommt.«⁴⁷

»... nicht notwendigerweise an seine Pflichten als Bundespräsident gebunden ...«, ging sein Engagement bei diesem Kernthema also weit über Amtszeit und Amtsverständnis hinaus – die zeitgeschichtliche Herausforderung erweist sich als lebensgeschichtliches Begleitmotiv: Nahum Goldmann hatte er schon

46 Jelinek (wie Anm. 17), S. 143-147, hier S. 144. – Dazu ergänzend der im Präsidialamt von Regierungsdirektor Luitpold Werz angefertigte Aktenvermerk, gleichfalls vom 20.3.1950. In: BArch, B 122 (wie Anm. 26), 506. Dort u. a. der Passus: »Herr W[ollheim] gab zu, dass eine Einigung unter den in Deutschland lebenden Juden bisher nicht erfolgt sei. Er ist selbst gegen die Schaffung eines jüdischen Referats oder einer sonstigen amtlichen Stelle und spricht sich mehr von inoffiziellen oder halboffiziellen Besprechungen zwischen deutschen und jüdischen Vertretern. Persönlich würde er eine inoffizielle Fühlungnahme zwischen dem Herrn Bundespräsidenten und dem [israelischen] Konsul in München [Eliahu Livneh] für nützlich halten.« Zum Vorgang insgesamt vgl. die Angaben bei Jay Howard Geller: Jews in Post-Holocaust Germany, 1945-1953, Cambridge/Mass. 2005, u. a. S. 194-196.

47 Jelinek (wie Anm. 17), S. 136, 138.

in jungen Jahren kennengelernt⁴⁸, und gerade auch die Israelreise vom Mai 1960 gehörte zu den herausragenden Aktivitäten des Elder Statesman in seinen letzten Lebensjahren⁴⁹.

Bei den Gesprächen (ca. 80 nur in der ersten Amtszeit, wenn auch nicht alle gleichermaßen ausführlich protokolliert und ergiebig) kam aber – es nimmt gerade bei Heuss nicht wunder – das Unterhaltsame beileibe nicht zu kurz; »Entkrampfung« hier einmal im ganz naheliegenden Sinne gepflegter Konversation und angenehmer, anregender Gesprächsatmosphäre.

Als Heuss im Oktober 1950 der stellvertretende griechische Ministerpräsident Georgios Papandreou aufsuchte, ging dieser auch »auf die Tatsache ein, dass in Deutschland hauptsächlich amerikanischer Virginia-Tabak geraucht werde. Dies sei eine durch den Krieg bedingte Änderung des deutschen Geschmacks. Es handele sich darum, aus dringendsten politischen Erwägungen im Frieden zum griechischen Tabak zurückzukehren. ... Der Bundespräsident brachte sein Interesse an den Ausführungen des Herrn P[apandreou] zum Ausdruck«⁵⁰, die dieser womöglich in Kenntnis einer sehr persönlichen Vorliebe seines Gastgebers aufgeworfen hatte; dass Heuss an diesem Thema brennend interessiert war, ist übrigens einigen der amüsanteren Briefe in der Nachkriegsedition zu entnehmen⁵¹.

Zu den eher beiläufigen Causerien, auf die sich Heuss so meisterlich verstand, findet sich ein Beispiel in den Aufzeichnungen zu seinen Begegnungen mit Kurt Schumacher, zu denen die beiden Anfang September 1950 vereinbarten, dass der Bundespräsident – analog zur Abstimmung mit dem Bundeskanzler – »künftig laufend über die Ansichten der Opposition zu den politischen Tagesfragen informiert werde. Zur nächsten Besprechung will Dr. Schumacher den Abgeordneten Ollenhauer beim Bundespräsidenten einführen, der dann künftig ggf. die laufende Information vornehmen könne.«⁵²

Hier Heuss – dort Schumacher: Da waren zwei Spötter unter sich, was der Präsident bei einem seiner frühen Hauptanliegen, »den Deutschen eine neue Hymne anzubieten« (am 29. Dezember 1950 an Wilhelm Stapel⁵³), schmerhaft zu spüren bekam. Wurden doch Text und Ton von Rudolf Alexander Schröder und Hermann Reutter vom Oppositionsführer als »National-Choral« verhöhnt, »der wohl im schwäbischen Raum verstanden wurde, aber nicht im übrigen Deutschland – das ›Glaube, Liebe, Hoffnung‹ sei nicht das richtige.«⁵⁴ Beide aber waren hart im Nehmen – daher konnte die Aussprache

48 Theodor Heuss: Erinnerungen 1905-1933, 5. Aufl. Tübingen 1964, S. 192.

49 Theodor Heuss: Staat und Volk im Werden. Reden in und über Israel, München 1960; »Unserem Vaterlande zugute« (wie Anm. 2), S. 304 f.

50 BArch, B 122 (wie Anm. 26), 538.

51 Erzieher zur Demokratie (wie Anm. 22), S. 194 f., 311.

52 BArch, B 122 (wie Anm. 26), 31269.

53 Der Mann, das Werk, die Zeit (wie Anm. 6), S. 323.

54 Wie Anm. 52; vgl. den Auszug in: Unter vier Augen (wie Anm. 2), S. 359.

und Auseinandersetzung vom 14. August 1951 (in der Schumacher das Verdict formulierte) so ausklingen: »Dann erkundigte sich der Bundespräsident noch bei Dr. Schumacher, ob das Bonner Parteihaus nun fertig sei. Er sei vor wenigen Tagen daran vorbei gefahren und hätte sich über die gute Lösung gefreut. – Dr. Schumacher sagte, dass es Professor Taut gebaut habe und die Finanzierung auch dieses einfachen Bauwerkes ihnen Kopfzerbrechen gemacht habe. Professor Heuss äußerte den Wunsch, den Bau einmal zu besichtigen, was Dr. Schumacher sehr freute, ihn jedoch zu der Bemerkung veranlasste, ob sich dann nicht alle Malachen (Spiesser und Engstirnige) auf ihn stürzten. Der Bundespräsident meinte, dass er für alle da sei und erzählte dann von seinen lockeren Begegnungen mit den Äbten in Einsiedeln und Maria Laach.«⁵⁵

Um eine weitere Parallele zu den Adenauer-Heuss-Aufzeichnungen zu benennen, würzten beide ihre Besprechungen gerne mit deftiger Personalkritik. So teilte der SPD-Vorsitzende vor der Wahl von Hermann Höpker Aschoff zum Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes dem Bundespräsidenten mit, »dass sie Gebhard Müller gewollt hätten, in zweiter Linie für Beyerle. Sie wären dann für Höpker Aschoff eingetreten, für den ja auch das Kabinett gewesen sei. Er betrachte es als eine Perfidie, wie man ihn behandelt habe und nannte die Methode eine Verletzung jeden Anstandes der Demokratie. Mit Leuten wie [Hermann] Pünder und [Werner] Hofmeister, die er als Zentral- bzw. Provinzflaschen bezeichnete, könnten sie keinesfalls einverstanden sein.«⁵⁶

Demnächst erscheinen also die ersten Bände der »Stuttgarter Ausgabe«; parallel dazu erarbeiten wir in der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus die Bände 16 und 17 der »Rhöndorfer Ausgabe«, die Adenauers letzten Lebensjahren gewidmet sind – mit den Briefen, Gesprächsaufzeichnungen, Reden, Interviews und Memoirenunterlagen des Zeitraums Oktober 1963 – April 1967. Den Auftakt bildet damit jene Ausnahmesituation, in der Harold Macmillan und Konrad Adenauer in London und Bonn ihre Ämter verließen und die internationale und die nationale Politik innerhalb kürzester Zeit von Robert Schuman und John F. Kennedy, Erich Ollenhauer und Theodor Heuss Abschied nehmen mussten. Zu den ersten Dokumenten zählt dann erneut das in »Unserem Vaterlande zugute« bereits edierte Beileidsschreiben, das der Altkanzler am 13. Dezember 1963 an Ernst Ludwig Heuss richtete: »Das

55 Wie Anm. 52.

56 Wie Anm. 52; vgl. den Auszug in: Unter vier Augen (wie Anm. 2), S. 357 f. Hinweise auf vergleichbare Vorgänge bei Hans Peter Mensing: Theodor Heuss und Konrad Adenauer im Gespräch. Neue Erkenntnisse zu ihren amtlichen und persönlichen Kontakten. In: Heuss im Profil. Vorträge und Diskussionen zum Eröffnungsfestakt der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, hrsg. von Thomas Hertfelder, Stuttgart 1997, S. 60-79, hier S. 66 f.; auch in: Hans Peter Mensing: Aus Adenauers Nachlass. Beiträge zur Biographie und Politik des ersten Bundeskanzlers, Köln 2007, S. 123-148, hier S. 132-134.

deutsche Volk verliert in dem Verewigten, mit dem ich mich in großer Hochachtung und menschlicher Freundschaft verbunden fühlte, einen bedeutenden Staatsmann, eine große, von dem Geist echter Humanität geprägte Persönlichkeit, einen weisen Freund. Die Gestalt Professor Theodor Heuss, der unserem Volk als sein erster Repräsentant nach den Jahren tiefster Erniedrigung Achtung, Würde und das Gefühl für Selbstverantwortung zurückgeben half, wird in dem Gedächtnis aller Deutschen als ein Beispiel für Freiheitsliebe, Pflichttreue und Menschlichkeit fortleben. Ich habe durch den Tod Ihres Vaters einen guten Freund verloren, dessen Freundschaft und dessen weiser Rat sich immer wieder bewährt haben.«⁵⁷

Dies ergänzte Adenauer damals auch in einer Rundfunkansprache, aus der abschließend diese Sätze zu zitieren sind: »Als Professor Heuss Bundespräsident geworden war, hat er mich vorgeschlagen zum Bundeskanzler, und ich bin damals gewählt worden und habe unter ihm die ganzen Jahre hindurch gearbeitet. Wir standen uns sehr nahe, nicht nur dienstlich, auch persönlich. Alle großen Fragen, die an uns herantraten, habe ich mit ihm besprochen, und ich habe auch bei diesen sehr häufigen und intimeren Gesprächen immer wieder gestaunt über sein tiefes Wissen, seine umfangreichen Kenntnisse auch der Vergangenheit des deutschen Volkes und seine Menschenfreundlichkeit. Gerade seine Menschenfreundlichkeit war es, die jeden, der mit ihm in Verbindung trat, tief für sich einnahm, und so entstand zwischen ihm und mir ein sehr enges und gutes Verhältnis. Durch seinen Tod haben wir alle, habe insbesondere auch ich, viel verloren. Er wird unvergessen bleiben, weil er wohl keinen Feind gehabt hat, sondern alle ihn liebten.«⁵⁸

57 »Unserem Vaterlande zugute« (wie Anm. 2), S. 342.

58 Ebd., S. 487.

Die Krise von 1956. Die Spaltung der FDP-Bundestagsfraktion unter der Führung August Martin Eulers und die Folgen für die hessische FDP

Das erste Jahrzehnt in der Geschichte der Freien Demokraten war geprägt durch die Suche nach der Positionierung im Parteiensystem sowie der Frage nach Parteityp und -organisation. Diese bildete den Hintergrund für Auseinandersetzungen über die Ausrichtung der FDP als Milieu- oder Volkspartei, beziehungsweise ob den Liberalen die Rolle als Funktionspartei ausreiche, oder ob man versuchen müsse, die Mitgliederbasis aktiv zu vergrößern. Insbesondere die Frage nach dem Verhältnis zu den beiden großen Parteien CDU und SPD sorgte für innerparteilichen Sprengstoff. Der Vorstellung von der FDP als Kern und Sammelbecken einer »dritten Kraft«, die durch die Assimilation des protestantisch-bürgerlich-konservativen Lagers rechts der CDU eine gleichrangige Position gegenüber den Christ- und den Sozialdemokraten inne habe, stand der Wille gegenüber, die FDP ähnlich wie im Parlamentarischen Rat politisch-programmatisch zwischen Union und SPD zu verorten, um ihr so ein Maximum an Einflussmöglichkeiten zu eröffnen.¹

Diese Auseinandersetzungen bildeten die Matrize für die Ereignisse des Jahres 1956. Nach heftigen Konflikten in der Bonner Koalition und dem Versuch Konrad Adenauers, den liberalen Koalitionspartner durch eine Wahlrechtsänderung einzuschüchtern, votierte der nordrhein-westfälische Landesverband für eine Koalition mit der SPD und sah dies auch als grundsätzliche Alternative zum bürgerlichen Regierungsbündnis auf Bundesebene. Die Folgen dieses »Jungtürken-Aufstandes« in Düsseldorf erschütterten die Partei und führten zur Abspaltung des Ministerflügels und der Gründung der (kurzlebigen) FVP, die unter anderem vom hessischen Landesvorsitzenden August Martin Euler betrieben wurde.

In Anbetracht der Tatsache, dass der FVP kein Erfolg beschert war und sie somit keine dauerhafte Konkurrenz für die FDP darstellte, wird das Jahr 1956 in der Forschung oftmals kaum mehr als eine Etappe im politischen Wandel der Partei angesehen. Die Parteiorganisation sei nur wenig belastet worden und es seien nur unbedeutende Mitgliederverluste zu verzeichnen gewesen.

¹ Hans-Heinrich Jansen: Dritte Kraft oder Partei der Mitte? Die FDP in den fünfziger Jahren. Unveröffentlichte Habilitationsschrift. Frankfurt 2000, S.2 ff.